

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,50 Goldmark, durch Hausabnahme ohne Zuzugabe 1,40 Goldmark, durch die Post 1,85 Goldmark u. 40 Centposten Zuzugabe. Jedes der Anzeigen-Nachweise zehn Mal werblich. Die Anzeigen werden nach Kolonial-Zeiten berechnet, die Zeile 0,51 Goldmark.

Dr. Marx Ministerpräsident / Bartels Landtagspräsident.

Neues in Kürze.

Drahmelungen und Radiotelegramme.



Reichsfanzler a. D. Dr. Marx, der zum preuß. Ministerpräsidenten gewählt ist.

Reichsfanzler Luther fand auch bei seinem auf den Reichstag nach Köln folgenden Besuch in München eine außerordentlich herzliche Aufnahme. Der Reichsfanzler wurde in München von dem Reichspräsidenten von Hindenburg persönlich empfangen. Der Reichsfanzler wurde in München von dem Reichspräsidenten von Hindenburg persönlich empfangen.

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Spionage verurteilte der dritte Strafsenat des Reichsgerichts gestern den früheren Polizeibeamten Richard Leporz aus Kattowitz zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust. In der Zeit vom Mai 1922 bis September 1923 hatte Leporz mehrere wichtige Aktenstücke der Hilfs-polizei der politischen Behörde ausgeliefert.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen laufen weiter, doch wird über die Ergebnisse nichts bekannt. Gegen Ende der Woche soll vorläufig eine Vollziehung der Delegierten stattfinden.

Auf dem Sozialistenkongress in Grenoble (Frankreich) wurde die Politik Herrits teilweise (fast) kritisiert. Herrits wurde teilweise (fast) kritisiert. Herrits wurde teilweise (fast) kritisiert.

Sonnes berichtet aus Marfelle, daß sich im Laufe der Nacht auf den Polizeikommissariaten der Stadt etwa 100 Personen gemeldet haben, die, als sie aus einer katolischen Verwallung nach Hause gingen, überfallen und verlegt worden sind.

Der Papst wandte sich in einer Ansprache anlässlich der Heiligensprechung der Französin Barat und Cubes in scharfen Worten gegen die kirchenselbstige Politik Herrits.

Die Pariser „Liberté“ veröffentlicht ein vertrauliches Schreiben des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, das von Sinowjew unterzeichnet und als den Führer der französischen Kommunisten, den Abgeordneten Cadin, gerichtet sein soll. Dieses Schreiben beauftragte sich mit der kommunistischen Propaganda in Nordafrika und kündigte die Sendung von 1.500.000 Francs an zwecks Förderung der kommunistischen Propaganda in den französischen Kolonien.

Gefegentlich kommunistischer Demonstrationen gegen die Luxemburger kam es in Prag zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, es gab auf beiden Seiten Verletzte.

Nach der in Buenos Aires erschienenen „Nacion“ erklärte der Vizepräsident der spanischen Sozialistischen Partei, die Militäraktoren haben die Arbeiterorganisationen nicht respektiert, als es die frühere Zivilregierung getan habe.

Stichwahl zwischen Marx und von Richter Marx erhält 223 Stimmen.

Berlin, 10. Februar. Im Landtage wurden bei der Wahl des Ministerpräsidenten 44 glittige Stimmen abgegeben. Daron erhielten Dr. Marx 219 Stimmen, Finanzminister a. D. v. Richter (DHP) 153 St., Körner (Rad.-Soz.) 11 St., Pöschel 43 St., v. Campe 1 St., Ladenborff (Mittl.-R.) 16 St. Da keiner die Hälfte der abgegebenen glittigen Stimmen erhalten hat, ist Stichwahl zwischen Dr. Marx und v. Richter erforderlich. In der Stichwahl wurden 445 Stimmzettel abgegeben. Er erhielten Dr. Marx 223 St., v. Richter 162 St. Ungültig waren 43 St., unbefuglich 17 Zettel. Damit ist Dr. Marx zum Ministerpräsidenten gewählt.

Stichwahl zwischen Bartels und von Kries. Bartels erhält 215 Stimmen.

Berlin, 10. Februar. Im Preussischen Landtage wurden bei der Wahl des Landtagspräsidenten 443 Stimmzettel abgegeben. Er erhielten Bartels 215 Stimmen, Dr. v. Kries 179 St., Pöschel 43 St., Unbefugte waren 4 Stimmzettel, ungültig einer. In der Stichwahl wurde Bartels mit 215 gegen 162 Stimmen gewählt.

Die deutsche „Tscheka“ vor Gericht.

Der große Tscheka-Prozess nahm Dienstag unter heftigem Andrang des Publikums vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes zum Schluß der Republik in Leipzig seinen Anfang. Kurz nach Eröffnung der Verhandlungen durch den Vorsitzenden, Senatspräsidenten Riebler, teilte er der Verteidiger der sechzehn Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Löwenthal, mit, daß er den Senatspräsidenten Riebler als Zeugen geladen habe. Der Rechtsanwalt äußerte sich, daß es Unmöglichkeit des Reichsgerichtes sei, Zeugenaussagen von Gerichtspräsidenten für unzulässig zu halten. Ein Gerichtsbeschluss vertritt auf diesen Standpunkt. Dann wurden die Personalien der Angeklagten festgestellt, wobei sich der Angeklagte Fabrikarbeiter Rudolf Margies weigerte, Auskunft über seine Personalien zu geben. — Hierauf leitete Rechtsanwalt Dr. Wolf als Verteidiger das gesamte Gericht in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung, insbesondere den Vorsitzenden, Senatspräsidenten Riebler, an. Der Staatsgerichtshof habe die Schärfe seiner Urteile bisher nur gegen revolutionäre Arbeiter geübt. Der Vorsitzende habe im Königsberger Hochverratsprozess die Parteiführung der Kommunisten als „ruffähig“ bezeichnet. Ein solcher Richter müsse als feigen abgetan werden. Die Verteidiger von Reumann und König schlossen sich dem Ablehnungsantrag nicht an, ihre Mandanten sind aus der KPD ausgeschlossen worden. Der Gerichts Hof, unter Ausschluß des Vorsitzenden, hielt sich nach weiteren Erörterungen zur Beratung zurück, deren Ergebnis

Die Ablehnung des gegen Senatspräsidenten Riebler ergriffenen Verzugs ist, ein weiterer Gerichtsbeschluss lehnt dann auch den Antrag ab, der das gesamte Gericht wegen Befangenheit ablehnen wollte.

Nach einer Mittagspause wurde in der Vernehmung des Hauptangeklagten Reumann ein

Sudapest, 11. Februar. Der Ministerrat hat die Details betreffend die Wiedererrichtung des Herrenhauses festgelegt. Das Magnatenhaus soll 243 Mitglieder ebenso wie die bisherige Nationalversammlung zählen. Mit dem Rechte der Geburt können nur einzelne großbürtige männliche Mitglieder der königlichen Familie in das Magnatenhaus Platz. Von den Mitgliedern des früheren Magnatenhauses werden 36 gewählt werden.

Aus der türkischen Hauptstadt wird gemeldet: Die Engländer führen fort, im Petrolumgebiet von Mosul eine Politik der Gewalt und des Schreckens anzuwenden, um die Volksstimmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Trotz der gewalttätigen Unterdrückung weigern sich aber die hauptsächlichsten Führer, ihre Stimme für England abzugeben.

Der preussische Landtag vertagte sich nach den Wahlen auf den 18. Februar zur Entgegennahme der Regierungserklärung in Verbindung mit der Besprechung. Ferner steht der Antrag v. Campe über die Auslegung des Art. 45 der Verfassung über die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung.

Die nächsten Schritte des neuen Ministerpräsidenten.

Ueber die Wahl Marx' zum preuß. Ministerpräsidenten schreibt das offizielle Zentrumorgan, die „Bismarck“:

Marx hat die Wahl noch nicht angenommen. Er wird dies erst tun, wenn er die Verhandlungen mit den Parteien abgeschlossen hat. Alle Mitteilungen über die Namen der zukünftigen Minister sind verfehlt. Marx wird erst heute die Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Er wird sich mit Ausnahme der Kommunisten und der Volkslisten mit allen Parteien in Verbindung setzen. Von dem Verhalten der Parteien wird es dann abhängen, wie Marx sich sein Ministerium bilden wird. Hierbei die Deutsche Volkspartei bei ihrem ablehnenden Standpunkt, dann wird Marx ein Kabinett bilden, das sich parlamentarisch in der Hauptlinie auf Zentrum und Demokraten stützt. Innenminister wird Severing bleiben, dessen künftige Ernennung ernstlich nicht bezweifelt werden konnte.

getreten. Ueber sein Vorleben gibt er an, daß er als Parteisekretär im Jahre 1921 nach Frankfurt a. M. berufen worden sei, diesen Posten aber niedergelegt und nach Berlin zurückgekehrt sei, um den Vorstand in der kommunistischen Reichszentrale geworden wäre. Die KPD sei im Sommer 1923 sehr stark gewesen. Senatspräsident Riebler fragte, zu welchem Zwecke die KPD in die lässliche Regierung eingetreten sei. Reumann antwortete kurz zu dem Zweck, um den Vorstand zu realisieren. In einer Sitzung in Berlin im September sei beschlossen worden, daß ein kommunistisches Regierungsmitglied von der Tribüne des Landtages aus erklären sollte, daß der Parlamentarismus überwinden sei und daß der besannene Aufruf folgen müsse.

Senatspräsident Riebler fragte, wie die militärische Organisation entstanden sei. Reumann erklärte, sie entwickelte sich aus dem Ordnungsdienst. Daraus seien später Hunderttausende gebildet und ausgerüstet worden. Senatspräsident Riebler: hat ein revolutionäres Komitee bestanden? Reumann bejahte das.

Das Komitee bestand aus sieben Mitgliedern, zu denen Klein und Ulrich gehörten, so wie ein russischer General. Dieser General sei der jetzige Angeklagte Grolowitsch, dem ein Generalstab aus russischen Revolutionären zur Seite gefunden habe. Die stalinischen unterlandten den Reichstagsabgeordneten Feder und Iwan Kap. Der jetzige preussische Landtagsabgeordnete Ried habe die Abteilung der Kraftwagen, die sogenannte Bundes, geleitet.

Reumann erklärte weiter, daß in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Reumann zwei Bälle von der Gestalt und dem Aussehen des Komitee herausgegeben worden seien. Fortsetzung der Verhandlung Mittwoch 9 Uhr.

Leita, 10. Februar. Das Kabinett billigte den Text des russisch-japanischen Abkommens.

Wälderemelungen zufolge wird sich in nächster Zeit eine politische diplomatische Mission nach Afghanistan begeben, um eine unmittelbare Verbindung zwischen den beiden Staaten herzustellen.

Diese Meldung ist als ein weiteres Anzeichen der von den Westmächten begonnenen Einwirkungs politik gegen Rußland außerordentlich interessant, da Afghanistan, das hinterland Indiens, zentralasiatisch ist, einen außerordentlich wichtigen Posten und in der Lage wäre, durch einen Einfall in das benachbarte russische Raumgebiet der Selbstverleugung Rußlands einen außerordentlich großen Einfluß zu verleißen. Der Gedanke, die Sowjetmacht von Afghanistan her auszurollen, wäre vielleicht gar nicht so abwegig.

Wir wollen keine Schwarz-rote Regierung!

Der bisherige Ministerpräsident Braun ist mit seinem Verzicht, eine Schwarz-rote Regierung unter gnädiger Mitwirkung der einflußreichsten Demokraten zu bilden, nach Verzicht wertvoller Wochen geistlicher. Jetzt vertritt man das gleiche, nur unter anderer Aufmachung: statt des sozialistischen Regierungschefs nimmt man einen Zentrumangehörigen, und in die Regierung will man außer dem einen Sozialisten Seevering nur Zentrumseule und Demokraten hineinnehmen. Besonders auch das Kultusministerium soll einem Zentrumsmittglied zugeordnet sein.

Der Sache nach ist der neue Plan fast der gleiche wie bisher, höchstens noch schlimmer: die Sozialdemokraten würden als stärkste Koalitionspartei auch die neue Regierung beherrschen, nur würde das Zentrum, durch den Reichstagspräsidenten hinter seinem Führer geeint, darin einen noch größeren Einfluß auf Preußens Geschicke haben.

Man braucht durchaus nicht den Hier in Mitteldeutschland stärker als in anderen Teilen unseres Landes hervortretenden Widerspruch der Protestanten gegen die immer weiter sich ausbreitende Ultramontanisierung unserer Politik und unsere Erziehungsweltens sich zu eigen zu machen und muß trotzdem Gegner dieser römischen Herrschaft über unser überwiegend protestantisches Land sein. Die zwiespältige Politik der katholischen Kirche, die in Italien und Frankreich auf das Entschiedenste die militärische und nationalistische Reaktion unterstützt, in Deutschland aber durchaus die internationalistischen Tendenzen fördert, die die bei uns die dem gesunden, unverbirrten Volkssinnenden als unchristlich erscheinende Verbindung mit der grundsätzlich atheistischen und religionsfeindlichen Sozialdemokratie eingegangen ist, kann nie und nimmer geeignet sein, unser Land und Volk der inneren und staatlichen Gefährdung auszuführen, da ihr die dazu nötige moralische Untadeligkeit, die sittliche Ueberzeugungstreue fehlt. Sollte die Zentrumsherrschaft trotzdem kommen, so ist zu befürchten, daß sie im protestantischen Empfinden eine so starke Spannung auslöst, daß wir zu all den schon fast unüberwindlichen Gegenständen auch noch einen Kulturkampf zwischen Protestantismus und Katholizismus bekommen.

Deshalb kann man nur wünschen, daß auch dieser neue Versuch scheitert und das Zentrum durch in die Reichs besetzte Politik eintritt. Nurfalls aber wenn lieber Neuwahl erfolgen, die den Reichsparteien nach all den Ständebildern der Revolutionsproben vermutlich endlich die entscheidende Majorität bringen würde.

Aufwertung und Reichseinnahmen.

Der Reichstagsausschuß für Steuerfragen nahm gestern vom Staatssekretär Dr. Köpitz eine Erklärung über die Steuerreformpläne der Reichsregierung entgegen. Der Staatssekretär teilte mit, daß die Reichsregierung beabsichtigt das Kabinett in den letzten Tagen beschaffen und seien heute dem Reichstag zugegangen. Dabei handle es sich allerdings nur um die reinen materiellen Steuererleichterungen.

In seinen sehr ausführlichen Darlegungen sprach der Staatssekretär auch über das Aufwertungsproblem:

Er betonte, es geht unter seinen Umständen an, das Problem der Aufwertung losgelöst von der Einnahmehemlichkeit zu lösen; es werde nicht mehr notwendig sein, erst abzuwarten, bis man vollständig übersehen könne, welche Einnahmen zur Verfügung kämen, welche Belastungsmöglichkeiten für die deutsche Volkswirtschaft noch auszuhandeln seien. Erst dann werde es denkbar sein, sich über die Aufwertungsfrage vollkommen zu entscheiden.

Auch der allgeroße als Vertreter der Länder habe ja das allergrößte Interesse daran, daß das Aufwertungsproblem nicht isoliert, d. h. losgelöst vom Steuerproblem und Belastungsproblem, entschieden werde. Daher werde die Regierung alles tun, um zu erreichen, daß möglichst bald der Reichstag neben dem Aufwertungsproblem auch das Steuerproblem zusammen behandelt, kann

